

Jetzt spricht das Gewerbe zum Bundesausreisezentrum in Seewen-Schwyz

Kurz vor der öffentlichen Infoveranstaltung von nächstem Mittwoch zum Bundesausreisezentrum im Wintersried meldet sich das Schwyzer Gewerbe zu Wort.

Da das Bundesausreisezentrum sowie der Deal des Gemeinderats Schwyz mit der Übernahme des alten Zeughausareals im Baurecht dank den Regierungs- und Kantonsratswahlen vom letzten Wochenende von den Parteien im Wahlkampf aufgegriffen und an diversen Veranstaltungen vermittelt worden ist, bestand für das Gewerbe bis anhin kein Anlass auch noch an die Öffentlichkeit zu treten.

Nun ist es aber an der Zeit, die Bevölkerung zu informieren, sagt Bernhard Reichmuth, Präsident des Gewerbevereins Schwyz:

Der Gewerbeverein hat sich zusammen mit den direkten gewerblichen Anstössern und Vertretern der Sportanlage Wintersried seit Anfang Jahr im Hintergrund intensiv mit dem geplanten Bundesausreisezentrum befasst. Es wurden diverse Sitzungen und Abklärungen getätigt. Man hat auch die Präsidenten der Einwohnervereine Seewen, Ibach und des Ortsentwicklungsvereins Schwyz, GfuG, ins Boot geholt und in einer Sitzung anfangs Februar einbezogen, um sich gegenseitig mit Informationen aufzudatieren und über positive und negative Aspekte und Ängste im Zusammenhang mit dem Asylzentrum diskutiert.

Die Gruppe unter Leitung des Gewerbevereinspräsidenten hat sich sogar mit Teilen der Regierung getroffen, um die Situation zu erörtern und die Meinungen auszutauschen und um Unterstützung angefragt, damit das alte Zeughausareal nicht nur im Baurecht sondern käuflich erworben werden kann, andererseits gegen das Bundesausreisezentrum an diesem Standort, oder zumindest eine Redimensionierung dessen. Bekanntlich ist die Regierung des Kantons Schwyz, einzigartiger Weise in der Schweiz, nicht gleicher Meinung wie die Gemeinde und gegen den Standort des geplanten Bundesausreisezentrums, vor allem da es mitten im gewerblichen Entwicklungsraum zu stehen kommt. Bernhard Reichmuth betont, dass man die Notwendigkeit solcher Bundesasylzentren angesichts der Flüchtlingsströme anerkennt und auch die initiative Vorgehensweise des Gemeinderates mit dem Zeughausdeal grundsätzlich begrüsst. Dass sich niemand ein Asylzentrum vor der eigenen Haustüre wünscht, liegt andererseits auch in der Natur der Sache. Beim Zentrum im Wintersried kommen aber diverse Umstände zusammen, welche gegen ein solches Ausreisezentrum sprechen, zumal der Standort hier wirklich in einem seit Jahren geplanten Entwicklungsgebiet für Gewerbe und Industrie liegt und der Bund die Veräusserung des Milsichareals zu diesem Zweck seit Jahren sogar in Aussicht gestellt hatte. Es ist vor allem die Gemeinde Schwyz, aber auch der Kanton, welche von einem solchen Bundeszentrum profitieren. Somit erhalten sie massive Entlastung bei der Zuweisung und somit Unterbringung von Asylsuchenden. Der Gemeinderat Schwyz glaubt, mit dem besagten Zeughausdeal etwas Gutes zu vollbringen. Von Seiten des Staatssekretariats für Migration (SEM) wird das regionale Gewerbe mit Aussicht auf Aufträge gelockt, sogar die zuständige Bundesrätin, Frau Sommaruga, verkündete dies ja kürzlich.

Das Schwyzer Gewerbe beurteilt den Zeughausdeal und die Möglichkeit von Arbeitsplätzen und Aufträgen für die Region beim Bundesausreisezentrum nicht so optimistisch. Als Resultat der diversen Sitzungen und Abklärungen hier einige gesammelte Meinungen im Überblick:

- Ein Unternehmer lässt sich nur im äussersten Notfall auf ein Unterbaurecht im alten Zeughausareal ein.
- Der Bund lockt mit Arbeitsplätzen und Aufträgen für die Region. Fakt ist, dass viele Aufträge und Arbeitsplätze wie bereits geschehen in Folge der tollen kantonalen, nationalen und internationalen Bestimmungen öffentlich ausgeschrieben und an den preiswertesten vergeben werden müssen, der Bund kann gar nicht anders. Schlussendlich wird man Aufträge und Arbeitsplätze in der Region erhalten, aber

realistisch gesehen wohl nur einen kleinen Anteil, welcher im Nachhinein vom SEM und Gemeinde wohl noch als tolle Leistung ihrerseits vermarktet wird.

- Unter den Gewerblern gibt es nicht wenige Stimmen, die lieber ein Bundesausreisezentrum bekämpfen und somit auf eventuelle Aufträge verzichten, wenn es im Gegenzug das alte Zeughausareal „nur“ im Baurecht gibt.
- Ein Asylzentrum mitten im Entwicklungsgebiet ist ein weiterer negativer Puzzlestein bei der Ansiedlung von Gewerbe und Industrie.
- Die Gewerbler und Anwohner unmittelbar neben dem Asylzentrum werden massiv in Sicherheits- und Überwachungsanlagen investieren müssen und der Wert ihrer Liegenschaften wird sinken.
- Bei einem normalen Asylzentrum ist die Integration der Asylanten in der Bevölkerung und die Nähe zueinander sinnvoll und wichtig. Im Wintersried ist in der 2. Phase aber ein Ausreisezentrum mit anderer Klientel geplant. Ein Grossteil dieser Leute wird nichts mehr zu verlieren haben, da sie in ihre Länder zurückkehren sollten (sofern sie nicht untertauchen). Die Gefahr ist gross, dass sie sich auch dementsprechend ausserhalb des Zentrums verhalten.
- Das SEM betont immer wieder, dass es bei bestehenden Zentren nur zu wenigen Zwischenfällen zwischen Zentrumsbewohnern und der Bevölkerung kommt. Es ist aber bekannt, dass solche Zwischenfälle einerseits möglichst vertuscht werden und es sich andererseits eben nicht um Ausreisezentren wie im Wintersried handelt.
- Unsere ländlichen Strukturen im Talkessel Schwyz sind für 400 Bewohner eines Ausreisezentrums zu klein. Ein Zentrum in diesen Dimensionen gehört entweder in eine Stadt oder deren Vorort oder auf die grüne Wiese. Alle Zentrumsinsassen werden Ausgang haben, speziell am Wochenende. Dabei werden sicherlich jeweils x-Dutzende massiert gemeinsam an den wenigen vorhandenen regionalen Hotspots wie der Sportanlage Wintersried, den Bahnhöfen von Seewen-Schwyz und Brunnen sowie in den beiden regionalen Einkaufszentren auftreten. Können Sie sich das vorstellen?
Um solche Massen wirklich unter Kontrolle zu halten, wären doch eigene Patrouillen an all diesen und auch weiteren Standorten nötig. Dies wird aus Kostengründen aber kaum zugestanden und die einzelnen betroffenen Unternehmen und Institutionen werden eine solche Überwachung aus der eigenen Tasche bezahlen dürfen.
- In diesem Zusammenhang ist die Erschliessung für Fussgänger auf der Franzosenstrasse vom Ausreisezentrum Richtung Bahnhof Seewen-Schwyz zudem inexistent, da kein Trottoir vorhanden ist. Unfälle zwischen Automobilisten und Zentrumsinsassen sind vorprogrammiert.

Dies sind nur die wichtigsten Gedanken der Gewerbler, Einwohnervereine und Anwohner zum Thema. Weiterreichende Gedanken und Fragen, welche dem SEM eingereicht wurden und für die ganze Bevölkerung interessant sein dürften, findet man auf der Webseite des Gewerbevereins Schwyz: www.gewerbe-schwyz.ch

Erstaunt und enttäuscht ist Reichmuth über die Informationspolitik des Gemeinderats Schwyz und des SEM. Seitens der Gemeinderäte, heisst es entweder: „Wir dürfen nicht mehr sagen, wir haben ein Stillschweigeabkommen“ oder: „Wir wissen selber nicht mehr als bereits gesagt und veröffentlicht wurde“. Da Reichmuth im Januar seitens Gemeinde nur solche Aussagen erhalten hat, hat er sich direkt beim SEM gemeldet und sogar schriftlich Antworten erhalten, auch wenn sich im Nachhinein herausgestellt hat, dass es sich dabei grösstenteils um Standardtexte aus den FAQ's auf der folgenden interessanten Infoseite des SEM handelt: www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/beschleunigung/bundesasylunterkuenfte/faq.html
Seitens SEM hat man beim Gewerbe Hoffnungen geweckt, da man sogar bereit war, nach Möglichkeit zusammen mit Gemeinderäten, sich einiges vor der offiziellen Infoveranstaltung zur Beantwortung der vielen konkreten

Fragen zu treffen. Als Reichmuth von diesem Angebot im Februar Gebrauch machen wollte, hiess es von der Kontaktperson beim SEM aber plötzlich, dass man infolge der Gleichbehandlung aller Bürger ein solches Treffen nun doch nicht frühzeitig, sondern höchstens 1 Tag vor der offiziellen Infoveranstaltung durchführen könne, man soll doch aber schriftlich Fragen einreichen. Diese würden, sofern möglich und vertretbar vorgängig oder dann spätestens an der besagten Sitzung beantwortet.

Diese Fragenkataloge (www.gewerbe-schwyz.ch) wurden von Bernhard Reichmuth gesammelt, dem SEM und zur Kenntnis 2 unserer Gemeinderäte nun vor 3 Wochen mit der Bitte zugestellt, baldmöglichst einen Terminvorschlag für die geplante Sitzung zu machen. Nun stehen wir unmittelbar vor den Osterfeiertagen. Die öffentliche Infoveranstaltung von SEM und Gemeinde findet wie erwähnt nächsten **Mittwochabend, 30. März um 19.30 Uhr im MythenForum Schwyz** statt und Gewerbevereinspräsident Reichmuth hat nichts mehr gehört. Kurz gesagt alles sehr rätselhaft und unverständlich. Dies alles bietet natürlich auch grossen Nährboden für Spekulationen:

Kann einfach kein gemeinsamer Sitzungstermin gefunden werden? Ist das SEM mit unseren Fragen überfordert? Handelt es sich beim Angebot des SEM nur um bewusste Verzögerungs- Verschleierungstaktik? Oder wurde man beim SEM / Gemeinde evtl. von vorgesetzten Stellen zurückgepiffen, also eine Art Informationssperre bis am kommenden Mittwochabend verhängt? Egal welche Gründe auch vorliegen, man könnte doch wenigstens den Kontakt suchen und informieren.

Was gibt es wohl alles in Verbindung mit dem Bundesausreisezentrum zu verheimlichen, dass vorgängig nicht mehr Informationen fliessen dürfen?

Wenn man das Vertrauen der Bevölkerung zu einem so heiklen Thema gewinnen will, ist dieses Vorgehen sicherlich zu 100% die falsche Strategie. Man darf gespannt sein, was da noch alles auf uns zukommt.



Bernhard Reichmuth, Präsident Gewerbeverein Schwyz

REICHMUTH Wohn AG Gotthardstrasse 24 6438 Ibach
Tel. 041 811 52 52 Fax 041 811 64 29 Mail: info@reichmuth-wohnen.ch

